

Verhandlungen CH-EU Einschätzung SBB

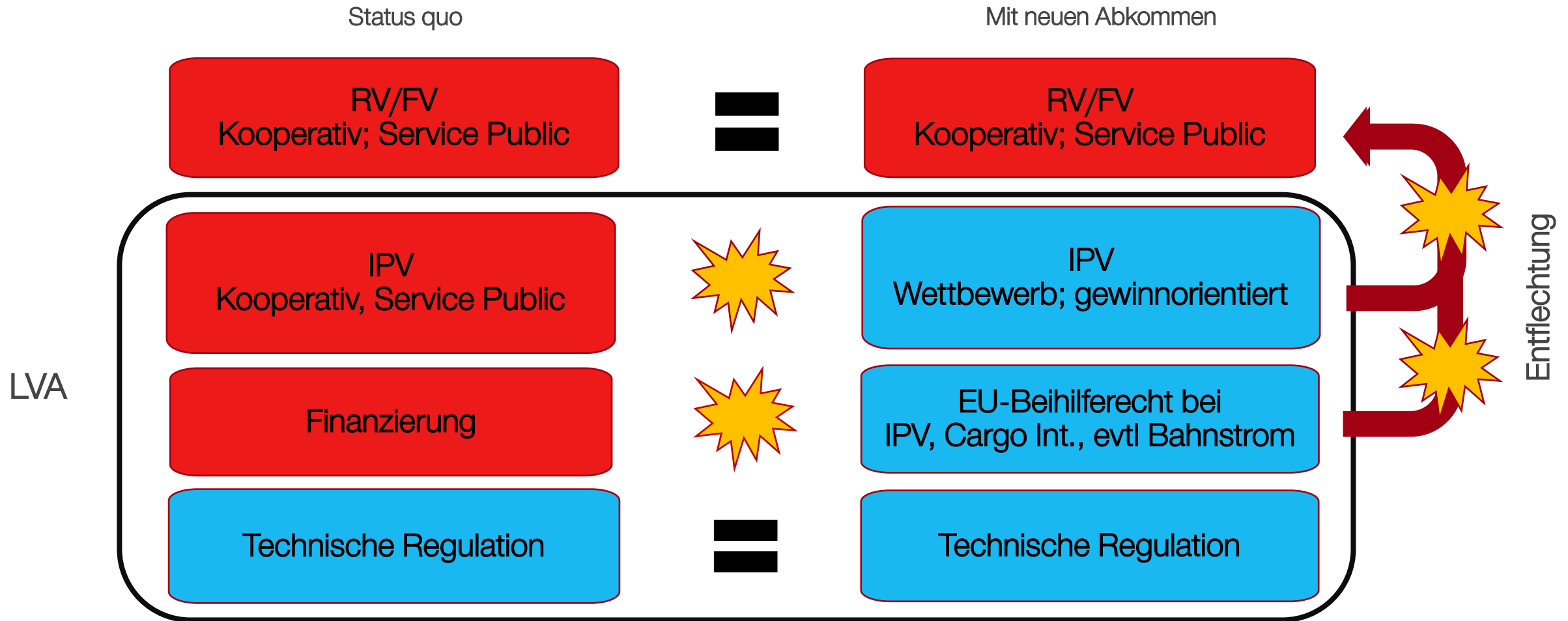
Luca, Arnold
Bern, 2. Juli 2024



Agenda

1. Konkrete Auswirkungen
2. Verhandlungsmandat des Bundesrates
3. Wichtigste Punkte
 - a) Tarifintegration
 - b) Taktfahrplan (inkl. Trassenvergabe)
 - c) Kooperationen IPV
 - d) Finanzierung / Beihilfen
 - e) öV-Qualität
4. Fazit

1. Welche Auswirkungen hätten die Abkommen auf den öV?



2. Verhandlungsmandat Bundesrat

13.4. Landverkehrsabkommen:

- Die schweizerischen **Errungenschaften** im Landverkehr (**Tarifintegration und Taktfahrplan**) ... werden **garantiert**.
- Der rein **ationale Verkehr** ... und ... diskriminierungsfreie Bestimmungen zu **Sozialstandards** ... , werden **nicht beeinträchtigt**.
- Das **Kooperationsmodell** im Bereich des IPV wird weiterhin **möglich** sein
- Die **Zuständigkeit der Schweiz** für die Vergabe der **Trassen** ... wird **beibehalten**.
- Die Regeln betreffend den IPV **dürfen** insbesondere die **Qualität** des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz **nicht verschlechtern**.

3.a) Tarifintegration

- Direkter Verkehr im Common Understanding enthalten



Aber

- Unklarheiten in der Formulierung
- Schweiz sollte autonom über Pflicht zur Tarifintegration entscheiden können



3.b) Taktfahrplan inkl. Trassenvergabe

- Takttrassen im Common Understanding enthalten
- Das Verhandlungsmandat ergänzt die grundsätzliche Autonomie der Schweiz bei der Trassenvergabe



Aber

- Was passiert politisch, wenn grosse Mehrheit (alle?) Trassenanfragen von EU-EVU wegen fehlender Kapazität abgelehnt werden?
- Fernverkehrskonzession 2029?



3.c) Kooperationen IPV

- Kooperationsmodell in Verhandlungsmandat enthalten



Aber

- Im Common Understanding nichts enthalten
- Komplexe Konstellation
 - Sektorspezifisches EU-Recht enthält kein Verbot
 - Herausforderung ergibt sich aus allgemeinem Wettbewerbsrecht (EU und CH)



3.d) Finanzierung / Beihilfen

- Betroffen sind ausschliesslich grenzüberschreitende Sachverhalte des Personen- und Güterverkehrs



Aber

- Unklar, teilweise mehr Rechtssicherheit erforderlich
 - Grenzüberschreitenden RV ausnehmen
 - Cargo-Anschlussgleise im Ausland ausnehmen
 - Umfang und *Aufwand* der Entflechtung, v.a. zwischen FV und IPV
 - Bahnstrom (vom Stromabkommen) ausnehmen



3.e) öV-Qualität

- Bund hat Gefahr „importierter Qualitätseinbussen“ erkannt und ins Verhandlungsmandat aufgenommen



Aber

- Im Common Understanding nichts enthalten
- Selbst wenn von EU akzeptiert, Ausgestaltung und Auswirkung unklar
- Durch Verspätungen im Kabotageverkehr wird die Qualitätswahrnehmung der Kunden für den gesamten öV in Mitleidenschaft gezogen



4. Fazit

Im Common Understanding fehlen wichtige Aspekte.

Bund hat Herausforderungen der öV Branche grundsätzlich erkannt und im Verhandlungsmandat adressiert.

Die Durchsetzung des Verhandlungsmandats mit den Schutzmassnahmen durch den Bundesrat gilt es eng zu begleiten.

Was ist, wenn die Vereinbarung der Schutzmassnahmen scheitert und Marktöffnung und EU-Beihilfenrecht trotzdem umgesetzt werden?